

# Standesamt und Ausländer

Sammlung systematischer Übersichten über die wesentlichen Rechtsnormen ausländischer Staaten

Von

**Rupert Brandhuber**

Regierungsdirektor a. D.

vormals im Bayerischen Staatsministerium des Innern, München

**M Law Willi Heussler †**

**Torsten Hensel**

Standesamtsaufsicht München

**Professor Dr. Gunnar Franck, LL.M. oec.**

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin

Stand 60. Lieferung

**Verlag für Standesamtswesen**

Frankfurt am Main · Berlin

---

© Verlag für Standesamtswesen GmbH · Frankfurt am Main · Berlin 2023  
Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der  
Freigrenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen  
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.  
Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark  
Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten  
Printed in Germany

Grundwerk ISSN 1618-3401  
60. Lieferung ISBN 978-3-8019-2900-8

## ■ Vorwort zur 60. Lieferung

Verlag und Redaktion freuen sich darüber, Herrn Professor Dr. Gunnar Franck von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin als neuen Mitautor von »Standesamt und Ausländer« begrüßen zu dürfen. Herr Professor Franck hatte schon für die 59. Lieferung zwei Berichte bearbeitet. Herr Ministerialrat a. D. Norbert Kutscher, Wien, hat zur 60. Lieferung die Aktualisierung der Berichte zu Kambodscha, San Marino und Uruguay beigetragen und wird auch an der 61. Lieferung mitwirken. Hierfür danken wir ihm herzlich.

Frankfurt am Main, Juli 2023  
Der Verlag

# Inhalt

(Die Zahlen bedeuten Anzahl der Blätter)

Vorwort 60. Lieferung	1	Ägypten	12
Vorwort 59. Lieferung	1	Äquatorialguinea	3
Vorwort 57. Lieferung	1	Äthiopien	9
Vorwort 43. Lieferung	1	Afghanistan	11
Vorwort 36. Lieferung	1	Albanien	12
Vorwort 31. Lieferung	1	Algerien	8
Vorwort 28. Lieferung	1	Andorra	9
Vorwort 20. Lieferung	1	Angola	10
Vorwort 12. Lieferung	1	Antigua und Barbuda	5
Vorwort 10. Lieferung	1	Argentinien	10
Vorwort 1. Lieferung	1	Armenien	8
Inhalt	2	Aserbaidshan	12
Gliederungsschema	1	Australien	14
Abkürzungsverzeichnis	2	Bahamas	6
		Bahrain	9
		Bangladesch	13
		Barbados	4
		Belarus	11
		Belgien	16
		Belize	1
		Benin	6
		Bhutan	7
		Bolivien	9
		Bosnien-Herzegowina	13
		Botsuana	7
		Brasilien	13
		Brunei Darussalam	1
		Bulgarien	13
		Burkina Faso	8
		Burundi	6
		Chile	11
		China	
		1. Volksrepublik China	12
		2. Hongkong	6
		3. Republik China	
		(Taiwan)	11
		Costa Rica	10
		Côte d'Ivoire	10
		Dänemark	17
		Deutschland	22
		Dominica	5

Dominikanische Republik 11	Kamerun 11	Moldau 12
Dschibuti 5	Kanada 23	Monaco 13
Ecuador 10	Kap Verde 4	Mongolei 7
<i>Elfenbeinküste siehe Côte d'Ivoire</i>	Kasachstan 11	Montenegro 16
El Salvador 10	Katar 7	Mosambik 4
Eritrea 7	Kenia 8	Myanmar 13
Estland 15	Kirgisistan 10	Namibia 9
Fidschi 6	Kiribati 5	Nauru 1
Finnland 17	Kolumbien 10	Nepal 3
Frankreich 16	Komoren 1	Neuseeland 12
Gabun 10	Kongo, Demokratische Republik 8	Nicaragua 8
Gambia 4	Kongo, Republik 8	Niederlande 19
Georgien 7	Korea, Demokratische Volksrepublik 5	Niger 2
Ghana 8	Korea, Republik 9	Nigeria 6
Gibraltar 8	Kosovo 8	Nordmazedonien 11
Grenada 1	Kroatien 15	Norwegen 13
Griechenland 15	Kuba 9	Österreich 20
<i>Großbritannien/ Nordirland siehe Vereinigtes Königreich</i>	Kuwait 8	Oman 6
Guatemala 8	Laos 8	Pakistan 12
Guinea 6	Lesotho 4	Panama 9
Guinea-Bissau 2	Lettland 12	Papua-Neuguinea 6
Guyana 8	Libanon 19	Paraguay 11
Haiti 7	Liberia 7	Peru 11
<i>Heiliger Stuhl siehe Vatikanstadt</i>	Libyen 6	Philippinen 11
Honduras 6	Liechtenstein 12	Polen 17
Indien 18	Litauen 14	Portugal 14
Indonesien 13	Luxemburg 15	Ruanda 7
Irak 8	Madagaskar 8	Rumänien 15
Iran 12	Malawi 1	Russische Föderation 13
Irland 13	Malaysia 3	Salomonen 2
Island 10	Malediven 5	Sambia 5
Israel 12	Mali 9	Samoa 2
Italien 19	Malta 13	San Marino 9
Jamaika 8	Marokko 9	São Tomé und Príncipe 10
Japan 11	Marshallinseln 5	Saudi-Arabien 3
Jemen 6	Mauretanien 7	Schweden 16
Jordanien 11	Mauritius 7	Schweiz 16
Kambodscha 9	<i>Mazedonien siehe Nordmazedonien</i>	Senegal 10
	Mexiko 10	Serbien 9
	Mikronesien 1	Seychellen 9
		Sierra Leone 6
		Simbabwe 2
		Singapur 9

Slowakei 13	Thailand 11	Vanuatu 5
Slowenien 13	Timor-Leste 9	Vatikanstadt 4
Somalia 6	Togo 10	Venezuela 12
Spanien 14	Tonga 6	Vereinigte Arabische
Sri Lanka 9	Trinidad und Tobago 2	Emirate 8
St. Kitts und Nevis 7	Tschad 9	Vereinigte Staaten von
St. Lucia 4	Tschechische Republik 15	Amerika 24
St. Vincent und die	Türkei 16	Vereinigtes Königreich 23
Grenadinen 1	Tunesien 8	Vietnam 14
Sudan 9	Turkmenistan 10	<i>Weißrussland siehe</i>
Südafrika 14	Tuvalu 5	<i>Belarus</i>
Suriname 2	Uganda 6	<i>Zaire siehe Kongo,</i>
Swasiland 2	Ukraine 13	<i>Demokratische Republik</i>
Syrien 14	Ungarn 15	Zentralafrikanische
Tadschikistan 10	Uruguay 11	Republik 2
Tansania 11	Usbekistan 9	Zypern 7

# ■ Brasilien

## I. Vorbemerkungen

### 1 Staatsbezeichnung

Föderative Republik Brasilien

### 2 Bezeichnung der Staatsangehörigen (der Staatsangehörigkeit)

Brasilianer/Brasilianerin (brasilianisch)

### 3 Staatsgebiet

Brasilien besteht aus 26 Bundesstaaten und dem Bundesdistrikt. Die Bundesstaaten besitzen eigene Verfassungen und Gesetze. Staatsangehörigkeit, IPR, Ehe-, Kindschafts- und Namensrecht sind bundeseinheitlich geregelt. Amtssprache ist Portugiesisch.

Brasilien zählte im Jahr 2021 zirka 214,3 Millionen Einwohner<sup>1</sup>. Hauptstadt ist Brasilia.

### 4 Rechtsquellen<sup>2</sup>

Verfassung vom 5.10.1988, zuletzt geändert durch Verfassungsergänzung Nr. 128/2022 (Verf.)

Migrationsgesetz vom 24. 5. 2017 (MigrG)

Einführungsgesetz zu den Vorschriften des brasilianischen Rechts vom 4. 9. 1942, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 13655/2018 (EinfG)

Zivilgesetzbuch vom 10.1.2002, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 14405/2022 (ZGB)

Zivilprozessordnung vom 16. 3. 2015, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 14195/2021 (ZPO)

Entschließung Nr. 28 des Nationalen Justizrats vom 05. 02. 2013 (ENJ 28)

Entschließung Nr. 35 des Nationalen Justizrats vom 24. 4. 2007, zuletzt geändert durch Entschließung Nr. 220 vom 26. 4. 2016 (ENJ 35)

Kinder- und Jugendgesetz vom 13. 7. 1990, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 14344/2022 (JG)

Gesetz über die Feststellung der Vaterschaft bei außerehelichen Kindern vom 29. 12. 1992, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 14138/2021 (VaterG)

<sup>1</sup> Siehe Angabe der Weltbank unter <https://data.worldbank.org/indicator/sp.pop.totl> (abgerufen am 27. 5. 2023).

<sup>2</sup> Deutsche Übersetzung der Gesetze bei *Henrich/Dutta/Ebert*, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht mit Staatsangehörigkeitsrecht, Brasilien.

Gesetz vom 31. 12. 1973 über die öffentlichen Register, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 14382/2022 (GöR)

## II. Staatsangehörigkeit

### 1 Allgemeine Regeln (Art. 12 §§ 2 und 3, Art. 22 XIII Verf.)

In den Bereichen Staatsangehörigkeit und Einbürgerung ist ausschließlich der Bund zuständig. Regionale Bundesgerichte entscheiden über Streitfragen.

Wichtige Staatsämter und Funktionen im öffentlichen Dienst und in den Streitkräften sind Personen vorbehalten, welche die Staatsangehörigkeit durch Geburt oder Abstammung erworben haben. Ansonsten sind brasilianische Staatsangehörige kraft Einbürgerung rechtlich gleichgestellt.

Normen zur Mehrstaatigkeit sind nicht ersichtlich. Bei Einbürgerung wird jedenfalls nicht gefordert, die bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben. Brasilianer, die eine ausländische Staatsangehörigkeit erwerben, verlieren indes in der Regel ihre brasilianische Staatsangehörigkeit (zur Ausnahme: siehe unten 3b).

### 2 Erwerbsgründe (Art. 12 Verf.; Art. 63–73, 76 MigrG)

#### a) Geburt in Brasilien:

- wenn ein Kind in Brasilien geboren wird, unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Eltern, es sei denn, die Eltern sind als ausländische Staatsangehörige im Dienst ihres Staates (z. B. als Diplomaten oder Berufskonsuln) in Brasilien tätig;

#### b) Abstammung:

- wenn ein im Ausland geborenes Kind von einem brasilianischen Vater oder einer brasilianischen Mutter abstammt und einer von ihnen im Dienst Brasiliens im Ausland tätig ist;
- wenn ein im Ausland geborenes Kind von einem brasilianischen Vater oder einer brasilianischen Mutter abstammt und es in der zuständigen brasilianischen Auslandsvertretung registriert wird (gilt rückwirkend auf den 7.6.1994) oder zu einem beliebigen Zeitpunkt nach Aufenthaltsnahme in Brasilien und Erreichen der Volljährigkeit für die brasilianische Staatsangehörigkeit optiert;

#### c) Einbürgerung Volljähriger:

- wenn der Justizminister dem Antrag einer Person, welche die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt und gegen die keine Ablehnungsgründe bestehen, durch Verfügung stattgibt; die Veröffentlichung der Einbürgerungsverfügung im Gesetzblatt ist Voraussetzung für den Eintritt der Wirkungen der Einbürgerung; Einbürgerungen erstrecken sich weder auf Ehegatten noch auf Kinder;



- d) Annahme als Kind:
  - für von brasilianischen Staatsangehörigen Adoptierte besteht keine ausdrückliche Regelung; unter Verweis auf die verbotene Diskriminierung von Adoptivkindern könnten diese wie gebürtige Brasilianer behandelt werden;
- e) Einbürgerung Minderjähriger:
  - wenn das Justizministerium für eine minderjährige Person, die vor ihrem 10. Geburtstag in Brasilien Wohnsitz genommen hat, auf Antrag des gesetzlichen Vertreters eine vorläufige Einbürgerungsurkunde ausstellt; die Einbürgerung wird definitiv, wenn die Person nach Erlangung der Volljährigkeit innerhalb von zwei Jahren die Umwandlung der vorläufigen Staatsangehörigkeit in eine definitive beantragt;
- f) Wiedererwerb:
  - durch Widerruf des Verlusts, wenn die ausländische Staatsangehörigkeit, deren Erwerb zum Verlust der brasilianischen geführt hatte, nicht mehr besteht.

### 3 Verlustgründe (Art. 12 § 4 Verf.; Art. 75 MigrG)

- a) Annullierung der Einbürgerung:
  - wenn das Gericht die Einbürgerung einer Person, die gegen die nationalen Interessen Brasiliens gehandelt hat, aufhebt; Berücksichtigung findet die Gefahr der Staatenlosigkeit;
- b) Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit:
  - der Verlust tritt kraft Gesetzes ein, es sei denn, es handelt sich um die Anerkennung einer originären Staatsangehörigkeit durch ein ausländisches Gesetz (z. B. Art. 116 Abs. 2 GG) oder der Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit ist Voraussetzung für ein dauerndes Aufenthaltsrecht oder die Ausübung der Bürgerrechte in dem betreffenden ausländischen Staat.

### 4 Nachweis der Staatsangehörigkeit

Eingebürgerte Personen erhalten eine entsprechende Urkunde. Die für eine minderjährige Person ausgestellte vorläufige Einbürgerungsurkunde (siehe oben 2e) gilt bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres als Beweis der brasilianischen Staatsangehörigkeit.

Die Reisepässe werden im Inland durch die brasilianische Bundespolizei und im Ausland durch die brasilianischen Vertretungen ausgestellt.

## III. Internationales Privatrecht

### 1 Allgemeine Regeln (Art. 4, 7 §§ 7 und 8, 14, 16 EinfG; Art. 70–76 ZGB)

Das brasilianische IPR ist lückenhaft normiert und wird vom **Wohnsitzprinzip** beherrscht. In der Praxis ist gleichwohl zu beobachten, dass brasilianische Gerichte und Behörden unabhängig vom tatsächlichen Wohnsitz der Beteiligten

ten brasilianisches Sachrecht anwenden; häufig wird ausländisches Sachrecht nur angewendet, wenn sich ein Beteiligter darauf beruft. Die *lex fori* wird dabei auch angewendet, wenn die Partei, die sich darauf beruft, den Nachweis über den Inhalt des ausländischen Rechts nicht erbringen kann.

Neben einigen Bestimmungen des EinfG gilt für Brasilien die **Konvention von Havanna** über das internationale Privatrecht vom 28.2.1928 (Código Bustamante), deren Kollisionsnormen namentlich im Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten<sup>3</sup> dieser Konvention zur Anwendung kommen. Die Staatsangehörigkeit hat im Ehe- und Kindschaftsrecht grundsätzlich keine Bedeutung. Soweit Rechtsnormen fehlen, haben brasilianische Gerichte mittels Analogie, nach den Gewohnheiten und nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu entscheiden.

**Wohnsitz** einer natürlichen Person ist der Ort, an dem sie ihren Aufenthalt mit der Absicht begründet, dort ständig zu bleiben. Fehlt ein Wohnsitz, ist das Recht des Staates maßgebend, in dem der gewöhnliche oder der schlichte Aufenthalt liegt. Eine Person kann nicht mehreren Rechtsgebieten angehören, sie kann deshalb aus kollisionsrechtlicher Sicht nicht mehrere Wohnsitze gleichzeitig haben. Ein Wechsel des Wohnsitzes liegt dann vor, wenn die Verlegung des Wohnsitzes beabsichtigt ist. Dabei haben die Begleitumstände des Wechsels des Wohnsitzes große Bedeutung.

Wohnsitz der Ehegatten ist in der Regel der Ort, der von den Ehegatten gemeinsam bestimmt wurde. Ist kein gemeinsamer ehelicher Wohnsitz zustande gekommen, gilt als ehelicher Wohnsitz der des Mannes. Der Wohnsitz eines Kindes ist grundsätzlich der Ort, den die Eltern gemeinsam bestimmt haben; andernfalls teilt das Kind den Wohnsitz des Vaters. Leben die Eltern in verschiedenen Staaten, ist Wohnsitz der Ort, an dem das Kind zusammen mit einem Elternteil lebt.

**Verweisungen** des brasilianischen IPR sind Verweisungen auf das materielle Recht (Sachnormverweisungen); eine Rück- oder Weiterverweisung ist damit ausgeschlossen.

Wer sich auf ausländisches Recht beruft, muss dessen Inhalt und Gültigkeit nachweisen, wenn es das Gericht nicht kennt.

## 2 Personalstatut (Art. 7 EinfG)

Maßgebend für den Personenstand einer natürlichen Person ist das Recht des Staates, in dem die Person ihren Wohnsitz hat.

Der von beiden Ehegatten bestimmte Wohnsitz erstreckt sich auf ihre minderjährigen Kinder, der Wohnsitz des Vormunds oder Pflegers auf die von ihm betreuten Geschäftsunfähigen.

<sup>3</sup> Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Kuba, Nicaragua, Panama, Peru, Venezuela.

### 3 Rechts- und Geschäftsfähigkeit (Art. 7 EinfG)

Für die Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie für Beginn und Ende der Rechtspersönlichkeit einer natürlichen Person ist das Recht des Staates maßgeblich, in dem die Person wohnt.

### 4 Mehrstaater, Staatenlose, Flüchtlinge (Art. 12 StlosÜb.<sup>4</sup>; Art. 12 FlüchtlAbk.<sup>5</sup>)

Mehrstaater betreffende Normen sind nicht ersichtlich. Das Personalstatut von Staatenlosen und Flüchtlingen bestimmt sich nach dem Recht ihres Wohnsitzstaates oder, in Ermangelung eines Wohnsitzes, nach dem Recht ihres Aufenthaltsstaates.

### 5 Form der Eheschließung (Art. 7 §§ 1 und 2, Art. 18 EinfG; Art. 1544 ZGB)

Für die Form der Eheschließung ist sowohl in Brasilien als auch im Ausland das Ortsrecht maßgebend. Wegen der Form einer Eheschließung in Brasilien siehe unten VI 3.

Außerdem können ausländische Staatsangehörige in Brasilien die Ehe auch vor einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Staates schließen, dem sie beide angehören<sup>6</sup>.

Der Nachweis einer Eheschließung im Ausland wird entsprechend den Gesetzen des Eheschließungsorts geführt. Eine Eheschließung von brasilianischen Staatsangehörigen im Ausland muss innerhalb von 180 Tagen nach Rückkehr eines oder beider Ehegatten nach Brasilien beim Standesamt am Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes beim Hauptstandesamt des Bundesstaates registriert werden, in dem sich der Ehegatte bzw. die Ehegatten aufhalten. Erfolgt keine Rückkehr, dürfte das Hauptstandesamt des Bundesdistrikts zuständig sein<sup>7</sup>.

Brasilianische Staatsangehörige können die Ehe auch in einem brasilianischen Konsulat schließen. Zur Wirksamkeit konsularischer Eheschließungen in Deutschland siehe Art. 13 Abs. 4 EGBGB; in der Schweiz und in Österreich sind konsularische Eheschließungen in jedem Fall unwirksam (maßgebliche österreichische Bestimmungen: § 16 Abs. 1 IPR-G und § 15 EheG).

### 6 Materielle Voraussetzungen der Eheschließung (Art. 7 § 1 EinfG)

Bei einer Eheschließung in Brasilien werden die materiellen Voraussetzungen der Ehe nach brasilianischem Recht überprüft.

<sup>4</sup> Abgedruckt in GS Nr. 260.

<sup>5</sup> Abgedruckt in GS Nr. 257.

<sup>6</sup> Deutsche, österreichische und schweizerische Auslandsvertretungen sind nicht ermächtigt, Eheschließungen vorzunehmen.

<sup>7</sup> Brasilianischen Staatsangehörigen sollte deshalb empfohlen werden, sich vom zuständigen brasilianischen Konsulat über die Notwendigkeit der Registrierung einer Eheschließung außerhalb Brasiliens beraten zu lassen.

Bei Eheschließung im Ausland ist nach herrschender Lehre für die Ehevoraussetzungen das Recht am Wohnsitz jedes der Verlobten maßgebend.

## 7 Allgemeine Ehewirkungen

Die persönlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten unterliegen dem Recht des Staates, in dem die Ehegatten ihren gemeinsamen ehelichen Wohnsitz begründen.

## 8 Lebenspartnerschaft und ähnliche Rechtsverhältnisse (Art. 7 EinfG)

Eine ausdrückliche Bestimmung fehlt. Nach der allgemeinen Maßgeblichkeit des Wohnsitzrechts ist auf die auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Personen mit Wohnsitz in Brasilien das brasilianische Recht anzuwenden. Im Ausland begründete Lebenspartnerschaften dürften in Brasilien anerkannt werden<sup>8</sup>.

## 9 Feststellung der Abstammung (Art. 7 EinfG)

Die Feststellung der Abstammung richtet sich in der Regel nach dem Recht am gemeinsamen Wohnsitz der Eltern im Zeitpunkt der Geburt des Kindes. Außerdem ist es möglich, das Recht am Wohnsitz des Kindes anzuwenden, wenn dieses für das Kind günstiger ist.

## 10 Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kind (Art. 7 EinfG)

Auf das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kind findet das Recht am gemeinsamen Wohnsitz der Eltern Anwendung. Wohnen die Eltern in verschiedenen Staaten, ist das Recht des Staates maßgeblich, in dem das Kind wohnt, sofern es für das Kind günstiger ist.

Besteht ein Kindesverhältnis nur zur Mutter, ist das Recht des Staates zu beachten, in dem die Mutter ihren Wohnsitz hat.

## 11 Legitimation

Das brasilianische Recht kennt wegen des fehlenden Unterschieds zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern die Legitimation nicht. Ebenso fehlen kollisionsrechtliche Bestimmungen über die Legitimation.

## 12 Adoption (Art. 7 EinfG; Art. 52-D JG)

Die Voraussetzungen einer Adoption richten sich für den oder die Adoptierenden und für das Kind nach dem am jeweiligen Wohnsitz geltenden Recht. Bei unterschiedlichen Wohnsitzstaaten sind die Voraussetzungen kumulativ zu prüfen. Auf Adoptionen brasilianischer Kinder durch ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland finden zusätzlich die Vorschriften des brasilianischen Jugendgesetzes über die internationale Adoption Anwendung.

<sup>8</sup> Auskunft des brasilianischen Generalkonsulats in München vom 21.12.2015.

Ist Brasilien das Aufnahmeland und hat das Recht des Ursprungslands die Entscheidung über die Adoption an das Aufnahmeland delegiert, oder liegt zwar eine ausländische Entscheidung vor, stammt das Kind aber aus einem Land, welches das HAdoptÜb. nicht ratifiziert hat, sind die Vorschriften des brasilianischen Jugendgesetzes über die nationale Adoption anwendbar.

Für die Wirkungen einer Adoption ist das Recht am Wohnsitz des oder der Adoptierenden maßgebend.

Siehe auch unten IV 1.

### 13 Namensrecht (Art. 6, 7 EinfG; Art. 71 § 1 MigrG)

Maßgebend ist das Recht des jeweiligen Wohnsitzstaates (wandelbares Statut). Einmal erworbene Namen bleiben durch einen Wechsel des Wohnsitzstaates unberührt<sup>9</sup>; vorbehalten bleiben neue namensrechtlich bedeutsame familienrechtliche Ereignisse.

Der Name eines adoptierten Kindes richtet sich nach dem (bisherigen) Wohnsitzrecht.

Die einzubürgernde Person kann im Laufe des Einbürgerungsprozesses eine Übersetzung oder eine Anpassung ihres Namens an das Portugiesische beantragen.

## IV. Anerkennung ausländischer Entscheidungen

### 1 Ausländische Entscheidungen (Art. 960–965 ZPO)

Ausländische gerichtliche Entscheidungen bedürfen, um Rechtswirkungen in Brasilien zu entfalten, der Anerkennung durch das brasilianische Höhere Bundesgericht. Überprüft wird, ob die ausländische Entscheidungsbehörde zuständig war, ob die Parteien ordnungsgemäß geladen wurden, ob die ausländische Entscheidung nicht im Widerspruch zu einer brasilianischen Entscheidung steht und ob kein offensichtlicher Verstoß gegen den *ordre public* vorliegt. Bei ausschließlicher Zuständigkeit der brasilianischen Gerichtsbehörden wird die Anerkennung verweigert.

Ausländische Entscheidungen über einvernehmliche Ehescheidungen entfalten in Brasilien ohne Anerkennungsverfahren Wirkung. Gleiches gilt für bestandskräftige nicht gerichtliche ausländische Entscheidungen, die nach brasilianischem Recht gerichtlicher Natur wären. Dies kann insbesondere eine Ehe-

<sup>9</sup> Nach Mitteilung des deutschen Generalkonsulats in Laranjeiras vom 19. 9. 2012, bestätigt durch Auskunft des brasilianischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main vom 25. 9. 2012, ist für die Namenswahl das Recht am Wohnsitz maßgebend. Die Auskunft des brasilianischen Generalkonsulats vom 25. 2. 2008 (StAZ 2008, 150) ist damit überholt (StAZ 2013, 229). Weitere Erläuterungen siehe auch oben 1 Abs. 1 und 3.